



Freitag, 28. Februar 2025, 17:00 Uhr
~14 Minuten Lesezeit

Mutter der politischen Denunziation

Jutta Ditfurth wittert schon sehr lange überall Antisemiten und Nazis — es überrascht nicht, dass sie jetzt die Gegner des Gaza-Bombardements aufs Korn nimmt.

von Wolf Wetzel
Foto: Stokkete/Shutterstock.com

Manche Politikerinnen bleiben sich über Jahrzehnte treu. Das hat etwas Beruhigendes im Kontext all der

Umfaller und Opportunisten. Leider läuft dies bei der ehemaligen Vorstandssprecherin der Grünen, Jutta Ditfurth, darauf hinaus, dass sie beharrlich am Falschen festhält. In den 80er-Jahren trotzte die ökofeministische Politikerin Helmut Kohl, Franz Josef Strauß und Martin Bangemann in Diskussionsrunden, für die die Bezeichnung „Elefantenrunde“ noch gut passte. Später verließ sie die Grünen und warf ihnen – was durchaus plausibel ist – Selbstverrat und Systemanpassung vor. Seither befindet sie sich öffentlich permanent im Kampfmodus. Besonders „Faschismus“ und „Antisemitismus“ hatte sie stets im Fokus – wobei sie solche Vorwürfe eher mit der Schrotflinte als mit dem Präzisionsgewehr verteilte. Nachdem „rechte Esoterik“ zu einem ihrer Spezialgebiete geworden war, stand sie auch in der Coronafrage in Treue fest an der Seite der herrschenden Gesundheitspolitik. Die Tochter des Harald-Lesch-Vorgängers Hoimar von Ditfurth hat ihren Adelstitel schon längst abgelegt, erhebt aber Anspruch auf den Gesinnungsadel einer kämpferischen Antifaschistin. Es versteht sich mit Blick auf diese Lebensleistung von selbst, dass Ditfurth nun jede Kritik am Gaza-Massaker der israelischen Regierung als „Antisemitismus“ framt. Selbst der Verkauf von Palästinensertüchern durch den Otto-Versand ist ihr ein Dorn im Argusauge. Wenn wir heute von Wokeness, Cancel Culture und einer denunziatorisch erzwungenen Verengung des Meinungskorridors sprechen, so kann Jutta Ditfurth in jedem Fall als eine der Vorläuferinnen dieser Richtung gelten. Der Autor erzählt in diesem Beitrag von seiner wechselhaften Beziehung zu einer ehemaligen Weggefährtin.

Mit Jutta Ditfurth kann man ein Stück Stadtgeschichte, also über 40 Jahre Frankfurt, nachzeichnen, und das quer durchs Rhein-Main-Gebiet. Wir beginnen am Frankfurter Flughafen, landen in die Stadt, stehen vor einem Tagungshaus, das mit der Erbmasse des Kommunistischen Bunds Westdeutschland (KBW) gebaut wurde, und enden beim Otto-Versand, der wirklich Schreckliches anstellt.

Jutta Ditfurth gehörte zu den Gründungsmitgliedern der Grüne Liste Hessen (GLH) in den 1980er-Jahren. Sie zogen unter anderem mit der Behauptung in die Stadt- und Landesparlamente, den Kampf gegen den Ausbau des Frankfurter Flughafens – Startbahn-West-Widerstand – in die Parlamente zu tragen. Daraus wurde gar nichts.

Auch die „Spontis“, die einst den „Revolutionären Kampf“ (RK) befürworteten, witterten wenig später die Chance, mit gut dotierten Posten besser wegzukommen als auf der „Straße“. Ihr lockeres Motto lautete: „Gestern besetzten wir Häuser, heute Parlamentssitze.“

Es folgte der Aufruf, die Partei die Grünen zu fluten, also zu kapern – mithilfe von Masseneintritten. Jutta Ditfurth und Manfred Zieran wurden rausgewählt, Daniel Cohn-Bendit und wenig später Joschka Fischer übernahmen die Grünen in Hessen und bewiesen damit, wie flexibel das parlamentarische System ist, wenn die Ex-Revolutionäre am Überleben und Instandhalten des Systems mitwirken.

1991 verließen Jutta Ditfurth und Manfred Zieran die Partei und initiierten die Kleinstpartei „Ökologische Linke“. Seit 2011 ist Frau Ditfurth für die Wählervereinigung „ÖkoLinX“ auch Mitglied der Stadtverordnetenversammlung in Frankfurt am Main.

Jutta Ditfurth als „Manuskriptdiebin“

Im Zuge der Recherchen zum Buch „Tödliche Schüsse“ (2008, (1)) stieß ich auf die Broschüre der „AG Rohrbachstraße“. Diese Straße wurde nicht berühmt, weil man dort im Norden Frankfurts recht gut leben kann, sondern aufgrund eines blutigen Polizeieinsatzes am 3. November 1981, der zu zahlreichen schwer verletzten Demonstrationsteilnehmern führte, bis hin zum Freispruch des Einsatzleiters (2).

Tags zuvor wurde mit einem riesigen Polizeiaufgebot das Hüttendorf geräumt, mit dem man die geplante neue Startbahn West aufhalten wollte. Der Schock über die Brutalität, mit der Sondereinsatzkommandos auf alles einschlugen, was ihnen im Weg stand, saß noch tief. Bis dahin hatten noch viele geglaubt, dass man die Befürworter der Flughafenerweiterung erreichen und umstimmen könnte, mit besseren Argumenten, mit einem Volksbegehren, für das man bereits über 200.000 Unterschriften gesammelt hatte. Anstatt den Ausgang dieses Bürgerbegehrens abzuwarten, hatten Flughafenbetreiber und Startbahnparteien hingegen vollendete Tatsachen geschaffen. Es wurden damit nicht nur die Hütten, Türme und Baumhäuser zerstört. Über 10.000 Menschen zogen am nächsten Tag durch Mörfelden. Dort wurde auch zu einer Demonstration in Frankfurt ab 23 Uhr aufgerufen.

Es waren etwa 600 StartbahngegnerInnen, die im Frankfurter Nordend durch die Dunkelheit und Gespensterhaftigkeit zogen. Von der Polizei war weit und breit nichts zu sehen. Das änderte sich schlagartig, als der Demonstrationzug in die Rohrbachstraße einbog. In den Seitenstraßen abgesetzte Hundertschaften blockierten den Demonstrationzug hinten, und von vorn stürmten Polizeibeamte ohne Schilder und mit langen Schlagstöcken auf die ersten Reihen und schlugen viele dabei krankenhaushausreif. Es war eine Falle. Fünf Jahre später wurde Robert Philippi, der Leiter dieses Polizeihinterhalts, von einem Frankfurter Schwurgericht freigesprochen.

Obwohl alles deutlich über 20 Jahre zurücklag, bekam ich recht schnell heraus, wer an der Broschüre zur Rohrbachstraße beteiligt war: Jutta Ditfurth. Meine Absicht war, die in der Broschüre abgedruckte Skizze von diesem Abend im Buch abdrucken zu können, und bat sie um ihre Zustimmung. Damals blieb mir noch eine kleine Merkwürdigkeit in Erinnerung, denn sie betonte sehr, dass nicht nur „AG Rohrbachstraße“ als Quelle genannt werden sollte, sondern auch ihr Name. Ansonsten sind wir uns weder im Alltag noch im politischen Kontext über den Weg gelaufen, zumal ich mit den Grünen, ob „Fundis“ oder „Realos“, wenig anfangen konnte.

Ich wusste hingegen, dass sie Biografien schreibt, also im Romanhaften bewandert ist, während ich auf diesem Gebiet keine Ahnung und schon gar keine Übung darin hatte, räumlich zu schreiben. Also nahm ich ein weiteres Mal Kontakt zu Jutta Ditfurth auf, mit der Bitte, mir anhand meines Manuskriptes ein paar Tipps zu geben. Sie sagte zu. Ich ließ ihr das Manuskript zukommen, und ein paar Wochen später trafen wir uns.

Ich war nicht besonders verwundert oder gar verärgert, dass jede der zehn Seiten voller roter Anmerkungen war. Das ist man gewohnt, wenn man in Deutsch eine Fünf oder auch einmal eine Sechs als Note hatte. Für mich waren ihre vielen Anmerkungen vielmehr ein Zeichen, dass sie sich Zeit nahm. Damit war nun endgültig klar, dass es noch ein weiter Weg zum berühmten Romaneschreiber ist.

Wirklich wichtig war für mich hingegen eine eigentlich kleine Begebenheit. Sie suchte die entsprechende Passage und las mir daraus den ersten Satz vor:

„Das Vorbereitungstreffen fand in der beliebten griechischen Kneipe ‚Neue Welt‘ in Walldorf statt.“

Ich schaute sie an, schüttelte den Kopf, suchte nach einem Schreibfehler, konnte keinen entdecken und zuckte mit den Schultern.

„Was hältst du davon, wenn du schreibst: ‚Die neue Welt liegt mitten in Walldorf.‘?“

Zuerst stutzte ich über den Un-Sinn, dann schwante mir die kluge Finte.

„Das ist ein sogenannter Lassosatz. So etwas musst du öfters einbauen“, gab mir Jutta Ditfurth als Erklärung.

Inzwischen ist dieser Lassosatz zu einer meiner beliebtesten Sprachwerkzeuge geworden: Man schafft mit einem Satz einen Raum, lässt ihn von den LeserInnen einrichten und enttäuscht sie schließlich ganz freundlich und erkenntnisreich mit einer unerwarteten Wendung.

Tödliche Schüsse und Ulrike Meinhof

Ich hatte also unsere Begegnung summa summarum gut in Erinnerung und verlor Jutta Ditfurth wieder aus den Augen.

Warum wir um das Jahr 2009 herum wieder zusammenkamen, entzieht sich meiner Erinnerung. Vielleicht war es Ulrike Meinhof. Nicht sie als lebende Person, sondern als Gegenstand einer Biografie, die Jutta Ditfurth in der Naxos-Halle vorstellte. Als „Vorgruppe“ lud man mich ein, die „Tödliche(n) Schüsse“ vorzustellen. Das passte doch ganz gut zusammen.

Für meinen Kurzauftritt dachte ich mir etwas Lockeres und

Schmunzelhaftes aus. Ich hielt die besagten zehn Seiten Manuskript in die Höhe und dankte Jutta Ditfurth für ihre Hilfe. Ich zeigte die Seiten mit den roten Anmerkungen zum Publikum und sagte in etwa: „Ich hoffe also, dass ihr euch beim Lesen meiner Erzählung davon überzeugen könnt, dass man aus Fehlern auch lernen kann.“

Bevor Jutta Ditfurth an der Reihe war, ihr Buch vorzustellen, gab es eine kleine Pause, die Jutta Ditfurth blitzschnell nutzte. „Gib mir doch noch mal das Manuskript.“ Das klang recht beiläufig. Also dachte ich mir nichts Böses dabei und reichte es ihr. Ich erwartete ein Durchblättern, eine vergessene Anmerkung. Weit verfehlt. Sie griff zu und steckte das Manuskript sofort in ihre Tasche. Ich war perplex, schaute sie verdutzt an und wartete auf eine Erklärung. Aber sie kam nicht. Sie drehte sich wortlos um, machte sich mit der Beute aus dem Staub und machte mit Ulrike Meinhof weiter.

Dieses Ereignis war ein Grund mehr, uns nicht über den Weg zu laufen. Also dauerte es wieder zehn Jahre, bis wir uns erneut „begegneten“ – aus sehr großer Distanz.

Autoritäre Querfront für ein Besatzungsregime

Ich hatte von den Auseinandersetzungen im Vorfeld des Palästina-Kongresses in Frankfurt 2017 erfahren. Die ärztliche Friedensorganisation IPPNW und der Deutsche Koordinationskreis Palästina Israel hatten zu einer **Jahrestagung des Koordinationskreises Palästina Israel (KoPI)** (<https://www.kopi-online.de/wordpress/>) in Frankfurt eingeladen. Das Thema lautete: „50 Jahre israelische Besatzung in Palästina“ (3).

Im Rahmen dieser Tagung sollten unter anderem Professor Moshe Zuckermann (Historiker Uni Tel Aviv/Israel), Professor Illan Pappé

(Historiker Universität Exeter/Großbritannien), Jamal Juma'a (Soziologe), Professor Norman Paech (Völkerrechtler Uni Hamburg) und Iris Hefets (Psychoanalytikerin, Jüdische Stimme für einen gerechten Frieden) sprechen. Intension dieses Kongresses war es, über die aktuelle Situation in den besetzten Gebieten und in Israel selbst zu berichten und über mögliche Perspektiven, die Besatzung und den Kriegszustand zu beenden.

Dagegen hatten sich einige Gruppen und Einzelpersonen gewandt. Man organisierte einen Shitstorm mit über 200 Mails und Drohungen. Das Tagungshaus „Ka Eins“ wurde aufgefordert, die Vermietung der Räume zurückzunehmen. Dem schloss sich der Christ-minus-Demokrat Uwe Becker in seiner Funktion als Bürgermeister an, diagnostizierte die Tagung und ihr Ziel als „antisemitische Stimmungsmache“ und gab dann den „Rat“, die Vermietung der Räume zu „überdenken“. Das hatte Mafia-Style.

Die Geschäftsführung des Tagungshauses verstand und kündigte den Veranstaltern die Räume. Diese klagten gegen die Kündigung und bekamen vor dem Amtsgericht Recht. Die Konferenz konnte also stattfinden.

Daraufhin entschieden sich die „Freunde Israels“ für eine Kundgebung vor dem Veranstaltungsort. Sie wurde mäßig besucht. Die aufgebotenen RednerInnen hatten hingegen Querfrontcharakter de luxe: Volker Beck (Grüne), Bürgermeister Uwe Becker (CDU) und Jutta Dittfurth (ÖkolinX).

Jutta Dittfurth hielt eine lange und langweile Rede. Im Mittelpunkt stand und steht für sie, in selbst-Herr-ischer Manier, der BDS-Boycott, der direkt zu Hamas führe und damit zum Antisemitismus.

In ihrem ganzen Vortrag verlor sie kein einziges Wort über den Grundkonflikt, über die seit 50 Jahren währende Besatzung von

palästinensischen Gebieten. Das ist so, als ob man die ganze Zeit über Gardinen spricht, während man sich ein Haus anschaut und seine Substanz begutachtet.

Am Ende ihrer Rede behauptete sie, dass sie zur „antiautoritären Linke“ zähle beziehungsweise für diese spreche. Was ist an der Kritik eines Boykottaufrufs gegen einen Staat, der alle Resolutionen der Vereinten Nationen (UN) ignoriert, der das längste Besatzungsregime nach 1945 unterhält und ausbaut, „antiautoritär“?

Was ist an der Behauptung „antiautoritär“, der Boykottaufruf beherberge antisemitische Motive? Hat sie in den vielen Jahren noch nichts davon gehört, dass reaktionäre und imperialistische Ambitionen gerne mit der – bedingungslosen – Solidarität mit dem Staat Israel einhergehen? Hat sie immer noch nicht mitbekommen, dass Israel nun tatsächlich „geliebt“ wird, weil es fast jede Diktatur (siehe Südafrika), fast jeden (Neo-)Kolonialismus unterstützt und sich damit für die koloniale Schenkung dankbar zeigt? Hat sie wirklich nicht mitbekommen, dass es in diesem Konflikt nicht um Juden und Nichtjuden geht, sondern um die Aufrechterhaltung einer imperialen Weltordnung, in der Israel eine milliardenschwere Investition darstellt, um im „Nahen Osten“ westliche Interessen zu vertreten?

Ist Frau Ditfurth so bildungsfern, dass sie eine Besatzung unter Führung eines jüdischen Staates für etwas ganz anderes hält als eine Besatzung von Franzosen, von US-Amerikanern oder Türken?

Ist Frau Ditfurth nicht in der Lage, über ihren eurozentrischen Herrscherblick nachzudenken? Die Menschen in Palästina brauchen im Kampf gegen den Staat Israel keinen Antisemitismus. Sie haben einen realen, also keinen imaginierten Feind. Sie haben es oft – auch Frau Ditfurth – zu verstehen gegeben: Den Menschen in Palästina ist es scheißegal, ob die Besatzer Juden, Moslems oder

Atheisten sind. Sie bekämpfen die Besatzung – und nicht die Gardinen.

Was ist also an ihrer Rede, vom Anfang bis zum Ende, auch nur in Spurenelementen „antiautoritär“? Nichts.

Corona und Jutta – eine toxische Mischung

Jutta Ditfurth steht hier für den klassischen Unterwerfungsakt von links: Menschen, die sich als Linke bezeichnen, befolgten alle Coronamaßnahmen, bis hin zum völligen Irrsinn – Verbot, auf einer Bank zu sitzen –, nicht aus Angst, als Möglichkeit, Sanktionen zu entgehen oder schlicht aus beruflich-existenziellen Gründen. Nein: Sie machten alle mit aus Solidarität mit den Schwächsten. Die Klasse der Vulnerablen, der Verletzlichen, war nun ihr Herzensding. Ich frage mich da immer: Warum haben sie das nicht vorher gemacht? Warum brauchen sie COVID-19 dafür?

Und wie es so üblich ist, müssen Linke ihre staatsdevote Haltung besonders hervorheben: „Wir impfen euch alle“, riefen einige Antifa-Gruppen, in einem reaktionären und totalitären Gestus, der selbst die Herren des Ausnahmezustandes übertrumpfen sollte.

Also musste auch Jutta Ditfurth beweisen, was sie an Verachtung und Niederträchtigkeit drauf hat. Auf ihrem Twitter-Account postete sie 2021 mit geradezu prophetisch-großkotziger Vorhersehung:

„Hallo Impfgegner:innen, großer Teil von euch wird in den nächsten 1-4 Monaten an #Covid19 erkranken, viele werden #LongCovid bekommen. 1 unbekannte Zahl wird sterben. Ihr habt euch so

entschieden. Versteht bitte, wenn wir unser Mitgefühl auf unschuldig Kranke begrenzen“ (4).

Wenn man das heute auf sich wirken lässt, nach Beendigung des Ausnahmezustandes, mit dem Wissen wie zum Beispiel aus den freigelegten Protokollen des Robert Koch-Instituts, den sogenannten RKI-Files (5), das es heute gibt, kommt einem die blanke Wut hoch: Wer hat um ihr Mitgefühl gebettelt? Mit welchem KI-Todesengel hat sich Frau Ditfurth zusammengetan? Und was ist das für eine Triage, die sie hier bedient: hier die „unschuldig Kranken“ und dort die selbst verschuldeten „COVID-Idioten“?

Seit diesem Post sind einige Jahre vergangen. Man könnte von Frau Ditfurth erwarten, dass sie auch selbst den Ausnahmezustand hinter sich lässt und das ganz Grundsätzliche wieder aus dem Keller ihres Bildungswissen holt: Auch sie hat bei einer tödlichen Krankheit Null Ahnung. Sonst wäre es keine solche. Heute weiß man sehr sicher und valide, dass viele Sanktionen nicht im Geringsten medizinisch begründet werden konnten, sondern dem gezielten „Hochskalieren“ (G 1-XXL) dienten, um die Menschen zur Impfung zu zwingen – und zwar auf eine Weise, die der Gesundheitsminister Lauterbach 2022 nicht geheim gehalten hatte: „Die Impfpflicht führt ja dazu, dass man sich zum Schluss freiwillig impfen lässt.“

Mit anderen Worten: Die Regierung wird den Zwang und die Drohungen mit weiteren Sanktionen auf eine Weise steigern, bis die Menschen das freiwillig machen, was wir von ihnen verlangen.

Heute weiß man auch, dass viele Befürchtungen berechtigt waren und sind: Dazu gehören die Serien-Impfungen, denen kein Impfstoff zugrunde lag, sondern bestenfalls ein Medikament, das auf seine Nebenwirkung nicht geprüft wurde. Dazu gehört ebenfalls das Wissen, dass das großartige und sich selbst schmeichelnde Motiv, mit der Impfung *andere* zu schützen, ein Placebo-Argument war, um

die eigene, berechtigte Angst und die selbst verschuldete Unterwerfung unter die Staatsraison zu kaschieren.

Warum verliert Frau Ditfurth nicht ein Nach-Wort darüber? Warum überprüft sie – im Wissen um die Fakten – nicht ihre eigene Großmäuligkeit und Niederträchtigkeit gegenüber Menschen, die genau das hatten und riskierten, was einst auch Frau Ditfurth auszeichnete: Wissenschafts- und Herrschaftskritik und grundsätzliche Zweifel daran, dass diese Regierung plötzlich unser aller Wohl im Auge hat?

Jutta D., der Lappen und der Dreck, der nicht mehr abgeht

Man sollte annehmen, dass Frau Ditfurth auch in diesem aktuellen Fall lernfähig sein könnte und den laufenden Genozid in Gaza in ihr politisches Denken miteinbezieht.

Zynisch und verbittert muss man sagen. Ja, das tut Frau Ditfurth! Denn der angekündigte und laufende Genozid, der wahnwitzige Kolonialismus der USA, die Entvölkerung – sagen wir doch Umvolkung – in Gaza vorzuschlagen, arbeitet einer Frau Ditfurth in die Hände (6)!

Auf ihrem X-Account hat sie eine Parole, der Netanjahu und der Faschist Smotrich aus vollem Herzen zustimmen können: „Free Gaza from Hamas.“ In der Mitte prangt das Symbol des jüdischen Staates.

Dass „Hamas“ in deren Logik alles ist, einschließlich all derer, die in Gaza leben, müssen sie nicht explizit dazusagen. Der Vernichtungscode reicht für all jene, die jetzt die ethnische Säuberung in Gaza begrüßen und betreiben.

Dass sie kein Wort über die Vernichtungssorgie der IDF (Israel Defense forces, Israelische Verteidigungsstreitkräfte) in Gaza verliert, die gezielte Ermordung von Journalisten, die gezielte Form, Gaza auszuhungern, versteht sich von selbst.

Was sie in Rage bringt, ist etwas ganz anderes, was ihren kognitiven Zustand in der Tat auf den Tiefpunkt bringt: Am 14. Januar 2025 postet sie auf X: „Sieh mal da: Die antisemitischen Lappen gibt’s auch beim Otto-Versand.“

Dann sieht man bei Jutta Ditfurth die von der Otto Group verkauften Kufiyas, auch als „Palästinensertuch“ bekannt, in verschiedenen Varianten, für 15 bis 20 Euro.

Man könnte und sollte am besten über diesen Erregungszustand laut und herzlich lachen. Da sich Jutta Ditfurth und ÖkoLinX auf ein paar Mitglieder und ein wenig städtische Gelder – als Stadtverordnete – reduziert haben, wäre das angebracht. Aber sie kann auf ganz rechte Freunde zählen, dazu gehört auch die *Berliner Zeitung*. Diese griff den lappenwürdigen Post noch am selben Tag auf und sorgte für breites, reaktionäres und kriegstüchtiges Publikum:

„*Antisemitischer Lappen*‘: Auch Otto verkauft Palitücher – Kritik von Ditfurth. Die Kufiya, auch ‚Palästinensertuch‘ genannt, sorgt immer wieder für Debatten. Nun kritisiert Jutta Ditfurth das Versandhaus Otto für den Verkauf. Die Politikerin Jutta Ditfurth hat das Versandhaus Otto kritisiert. In einem Beitrag auf der Plattform X schrieb sie, dass über den Onlineshop auch Kufiya auch ‚Palästinensertuch‘ genannte Tücher verkauft werden. Ditfurth sprach von ‚antisemitischen Lappen‘. Die Tücher gibt es tatsächlich beim ‚Otto-Versand‘, unter der Bezeichnung ‚Shemagh‘, so wird das Tuch auch in Armeekreisen genannt“ (7).

Jetzt warten wir alle nur noch auf ihren Aufruf: Kauft nicht bei Otto.

Apropos genozidaler Lappen: Die gesichert rechtsextreme „Mitte“ wird Frau Ditzfurth bald nicht mehr brauchen und wie einen dreieckigen Lappen in den Mülleimer werfen.



Wolf Wetzel war Autor der ehemaligen autonomen L.U.P.U.S.- Gruppe, die sehr stark von der Häuserkampfbewegung der 1980er Jahre, der Startbahnbewegung 1980-1991, der Anti-Golfkriegskampagne 1991 und der Bundestagsblockade gegen die Abschaffung des Asylrechts 1993 geprägt war. Von 2011 bis 2016 war er Vorstandsmitglied von Business Crime Control (BCC). Zuletzt erschien von ihm „Der Rechtsstaat im Untergrund: Big Brother, der NSU-Komplex und die notwendige Illoyalität“. Eine Zeit lang schrieb er darüber hinaus Artikel für den **Rubikon**.